

# E-Autos sind gut für das Märchenland

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

**Bis zum Jahr 2030 sollen nach den Plänen der Bundesregierung 15 Millionen Elektroautos in Deutschland fahren. Doch das ist ein Wunschtraum. Teure Anschaffung und teure Batterien, lange Ladezeiten, geringe Reichweiten und mit der Energiewende immer höhere Strompreise bremsen potentielle Käufer.**

**Von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel**

Wer ein Elektroauto gefahren hat, kann es bestätigen: Der Elektroantrieb ist phantastisch. Ohne Schalten beschleunigt das Auto schnell und leise. Darüber hinaus ist ein Elektromotor sehr viel preiswerter als ein Verbrennungsmotor. Doch der Verkauf stockt. Die Autobauer in Deutschland und in den USA bleiben trotz Kaufsubventionen auf ihren Autos sitzen. Mit dem Abbau der Subventionen gib es noch weniger Käufer. Was ist die Ursache?

## Teure und schwere Akkus

Die Antriebsenergie, der elektrische Strom, muss mitgeführt werden. Dies ist nur mit schweren und teuren Akkus möglich. Ein moderner Lithium-Ionen-Akku, der eine Kilowattstunde (kWh) speichern kann, wiegt rund 3 kg und kostet 200 Euro. Kosten und Masse können aus technischen Gründen nach Angaben von Fachleuten kaum weiter reduziert werden. Für 100 Kilometer Fahrstrecke braucht ein Elektroauto ca. 20 Kilowattstunden. Die meisten E-Autos werden für theoretische Reichweiten von 400 km ausgelegt mit Akkus, die mindestens 240 kg wiegen und 16.000 Euro kosten. Doch in der Praxis sieht es schlechter aus, wie der kurze Bericht eines Kraftwerksingenieurs und NAEB Mitglied zeigt: *„Ich habe seit mehr als einem Jahr ein E-Auto (für den Stadtbetrieb) und werde es im nächsten Frühjahr wieder verkaufen. Die Reichweitenangaben der Hersteller sind aus meiner Sicht strafbar. Bei normaler Fahrweise im Sommer erreicht man ca. 85 % der angegebenen WLTP Reichweite (Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure). Im Winter fällt diese nochmal um 30 % ab, weil die Batterien temperaturempfindlich sind und weil Heizung benötigt wird.“* Damit sind E-Autos deutlich schwerer und teurer als vergleichbare Autos mit Verbrennungsmotor und verbrauchen mehr Energie pro Kilometer.

Akkus verlieren mit der Zeit an Kapazität. Häufiges Laden und Entladen beschleunigt diesen Prozess. Damit sinkt auch die Reichweite der E-Autos. Wird sie zu gering, muss der Akku ausgetauscht werden. Das ist

nach etwa 7 Jahren der Fall. Dann wird es richtig teuer: Fast 20.000 Euro sind fällig. Das ist offensichtlich vielen Käufern nicht klar, die von den guten Fahreigenschaften geblendet sind.

## **Lange Ladezeiten**

Ein weiterer Knackpunkt sind die langen Ladezeiten. Der übliche Ladeanschluss in Garagen hat eine Leistung von 11 Kilowatt (kW). Mit dieser Leistung ist der Akku in gut 7 Stunden aufgeladen. Öffentliche Ladesäulen haben meistens 22 kW Leistung. Dann sinkt die Ladezeit auf die Hälfte. Doch auch das ist viel zu lang. So haben meine Nachbarn, stolze Eigner eines E-Autos, für eine Fahrt von der Nordsee an den Bodensee ein Auto mit Verbrenner-Motor gemietet, um das Ziel an einem Tag zu erreichen. An den Autobahnen gibt es auch Schnellladestationen bis zu 300 kW Leistung, die die Ladezeiten auf weniger als eine halbe Stunde verkürzen. Doch dafür muss man zahlen. Die Stromkosten an diesen Säulen sind hoch und übersteigen oft die Tankkosten für einen Verbrenner-Motor. Unter den hohen Ladeleistungen leidet außerdem der Akku. Die Zeit bis zum teuren Austausch wird kürzer. Die hohen elektrischen Ladeleistungen sind aber mickrig im Vergleich zu den Ladeleistungen an Tanksäulen: Werden 30 Liter Treibstoff der für 400 km reicht, in einer Minute getankt, liegt die Ladeleistung bei 5000 kW.

Wenn ein E-Auto mit leerem Akku liegen bleibt, darf es nur abgeschleppt werden, wenn der E-Motor von den Rädern entkoppelt werden kann. Dies ist bei den meisten Modellen nicht möglich. Dann muss es von einem Abschleppdienst aufgeladen und zur nächsten Ladesäule gebracht werden. Eine teure Aktion.

## **Sicherheit**

Autos können Feuer fangen. Brennende fossile Treibstoffe können durch Entzug von Sauerstoff gelöscht werden. Dazu reicht das Abdecken des Brandherdes mit Wasser oder Löschschaum. Brennende Akkus können so nicht gelöscht werden. Die gespeicherte elektrische Energie in Akkus wird ohne äußere Einflüsse in Wärme umgesetzt. Dieser Prozess kann daher mit Löschmitteln nicht gestoppt werden. Ein brennendes E-Auto muss in ein Wasserbecken getaucht werden, das die gespeicherte Energie aufnimmt. Mehrere Busdepots sind fast vollständig ausgebrannt, nachdem ein Elektrobus Feuer gefangen hatte und die Feuerwehr keine Möglichkeit sah, den Brand zu löschen. Die Folgen: Die „fortschrittlichen“ Stadtwerke haben nach dieser Erfahrung die E-Busse stillgelegt. E-Autos sollten nur in freistehenden Garagen oder Carports abgestellt werden. Betreiber von Fähren und Parkhäusern planen ein Verbot von E-Autos.

## **Mangel an Ladestrom und Ladeleistung**

Schon heute überlasten die rund eine Million Elektroautos in Deutschland örtlich die Verteilernetze. Nicht überall steht die Ladeleistung von 11 kW zur Verfügung. Die Bundesregierung hat das Ziel, 15 Millionen E-Autos bis 2030 auf die Straße zu bringen. Zum Laden werden dafür 3 große Kohle- oder Kernkraftwerke mit je 1.000 Megawatt Leistung gebraucht. Doch immer mehr Kohlekraftwerke sollen abgeschaltet werden. Woher der Strom kommen soll, bleibt das Geheimnis der Regierung. Der vom Wetter abhängige Wind- und Solarstrom (Fakepower) mit seinen ständig schwankenden Leistungen ist dafür nicht geeignet.

Weiter müsste zum Laden der E-Autos das Stromnetz für höhere Leistungen ausgebaut werden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), die Lobby-Organisation der Energie- und Wasserwirtschaft in Deutschland, schätzt die notwendigen Kosten für Ladesäulen auf 9 Milliarden Euro. Hinzu kommt der Netzausbau in nicht genannter Höhe. Die Stromkosten würden dadurch deutlich für alle erhöht, denn aus ideologischen Gründen käme ein Ausbauschlag auf den Ladestrom nicht in Betracht.

Schon heute haben wir bei hoher Nachfrage zu wenig Strom im Netz. Dann werden industrielle große Stromverbraucher, zum Beispiel Elektrolysen, abgeschaltet. Die Betreiber erhalten dafür eine Ausfallentschädigung, die sich inzwischen der Milliardengrenze im Jahr nähert. Das Laden von E-Autos und der Betrieb von Wärmepumpen soll nun auch bei Strommangel begrenzt werden. Nach Plänen der Bundesnetzagentur soll der Ladestrom bei Mangel halbiert werden. Dazu sollen die Ladesäulen Leistungsbegrenzer erhalten, die über das Internet zentral geschaltet werden können. Damit steht die Ladeinfrastruktur Hackern offen. Deutschland macht sich in einem weiteren Feld neben der Energieversorgung erpressbar.

## **Keine Einsparung fossiler Energie**

Die Behauptung, E-Autos würden ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen fahren, stimmt nicht. Die Emissionen sind lediglich verlagert. Mehr als die Hälfte des Stroms im deutschen Netz stammt von fossilen Brennstoffen, denn Fakepower kann keine gesicherte Leistung liefern. Weiter wird zur Herstellung der Akkus viel Kohle, Erdöl und Erdgas benötigt. E-Autos haben nach Berechnungen von Prof. Sinn bis zur Verschrottung höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen als ein Auto mit Dieselmotor.

## Hohe Energieverluste

Elektroautos sind teurer und schwerer als vergleichbare Dieselfahrzeuge. Ihr höheres Gewicht fordert mehr Energie. Das macht sich im Stadtverkehr und im bergigen Gelände bemerkbar. Auch beim Laden und Entladen des Akkus geht Energie verloren. Wer Energie sparen will, sollte den günstigen Dieselmotor nutzen und weiterentwickeln.

Es ist eine Mär, dass E-Autos CO<sub>2</sub>-emissionsfrei seien. Sie fahren mit Strom, der zu mehr als 50 Prozent mit Kohlenstoff haltigen Brennstoffen erzeugt wurde. Doch wohlhabende Gutmenschen nutzen die Subventionen und kaufen teure E-Autos, um sich dann als Klimaschützer zu brüsten. Mit dem Strom aus fossilen Brennstoffen und dem Bedarf an Kohle, Erdgas und Erdöl zur Herstellung des Autos und des teuren Akkus leisten sie keinen Beitrag zur Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Die Kaufsubventionen für E-Autos müssen gestoppt werden. Wer die guten Fahreigenschaften nutzen will, sollte dafür auch bezahlen. Dann können nur Großverdiener sich ein E-Auto leisten, das sonst ins Märchenland von Wirtschaftsminister Habeck gehört. 15 Millionen E-Autos in Deutschland ist ein Wunschtraum. Wir sollten den sparsamen Dieselmotor weiter entwickeln, statt ihn zu verdammen. Er hat das Potential für die optimale Nutzung der Antriebsenergie. Das ist der Weg zum Energiesparen.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

---

## Sechs Mythen zur Kohleverstromung (1) – Klimawissen – kurz&bündig

geschrieben von AR Göhring | 14. Dezember 2023

Nr. 32a – Neben der Kernkraft hat die Kohle in Deutschland bei Journalisten und Aktivisten, und damit beim Bürger den schlechtesten Ruf. Welche Mythen werden gern verbreitet?

„Die Kohle geht uns weltweit bald aus!“

„Die deutsche Kohle ist bald alle!“

„Die Landschaft wird zerstört!“

---

# Konfusion statt Kernfusion – Das Comeback der Kohle

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

**Kohle statt Gas, lautet die jüngste Devise selbst der Grünen. Energiepolitikern flattern die Nerven. selten gab es so viele Kehrtwenden und Meinungsumschwünge wie dieser Tage. Fest im Glauben. dünn im Wissen und fernab der Realitäten zeigt sich die deutsche Energiepolitik**

**von Frank Hennig**

Noch im vergangenen Jahr galt Erdgas als die saubere Brücke in die grüne Wunderwelt. Aber nicht nur Annalena Baerbock wachte am 24. Februar in einer anderen Welt auf. Die jahrelang gepriesene Brückentechnik Erdgas war im Tal harter globaler Realitäten versunken. Die Ampelregierung wird nun mit einer mehrdimensionalen Krise konfrontiert.

Gleichwohl hält es die Ampel für geboten, weiter am „idealerweise“ stattfindenden Kohleausstieg 2030 festzuhalten. Zunächst aber wollen zumindest einige Grüne die Kohle stärker nutzen, um Putin allenfalls auch mit einem Energie-Embargo drohen zu können. Es sei zwar „extrem bitter“, aber um sich von russischen Lieferungen unabhängiger zu machen, müsse Deutschland „die Kohlekraftwerke intensiver laufen lassen“, erklärte zum Beispiel Anton Hofreiter in der Talkshow Markus Lanz im April.

Mittel- bis langfristig stellt man sich vor, dass der Kohlestrom dann durch Windmühlen und Solaranlagen ersetzt werden kann. So sollen ab 2025 jährlich zehn Gigawatt (GW) installierter Leistung im Bereich Wind onshore gebaut werden. Der bisherige Spitzenwert lag 2017 bei 5,6 GW. Offshore betrug der Zubau 2021 genau null, bis 2030 sollen fast vier GW jährlich dazukommen.

Wie das realisiert werden soll, steht indes in den Sternen. Die Industrie schwächelt. So haben die Turmbauer in Magdeburg und Fürstenwalde den Betrieb eingestellt, der Stahl ist zu teuer. Auch die Rotorblattfertigung in Lauchhammer und Rostock gibt es nicht mehr. Arbeitskosten und vor allem die Energiepreise sind im internationalen Wettbewerb nicht mehr darstellbar. Dazu passt die Bewertung der Wirtschaftsberatung EY, dass ausländische Investoren das Interesse an Deutschland verlören, während Frankreich und Großbritannien deutlich zulegen. Teure Energie, Bürokratie und immer weniger Fachpersonal seien die Gründe.

Kein Wunder, dass die Bestellungen für neue Windkraftanlagen angesichts dieser Schwierigkeiten zurückgehen. Die Ausschreibungsrunde im Mai er-

brachte nur Gebote für 931 Megawatt (MW) bei einem Ausschreibungsvolumen von 1320 MW.

## **Mittel- bis langfristig stellt man sich vor, dass der Kohlestrom dann durch Wind mühlen und Solaranlagen ersetzt werden kann**

Das Klimaministerium erwägt nun staatliche Ausfallbürgschaften, um Betreiber-Insolvenzen zu vermeiden. „Die Anlagenbauer könnten so drauflosproduzieren“, sagt Oliver Krischer, bis vor kurzem einer der drei Parlamentarischen Staatssekretäre im Ministerium von Robert Habeck, jetzt Umweltminister in NRW. Ein Traum wird wahr für die Branche.

Die Teile der Windkraftanlagen kommen künftig also ganz überwiegend aus dem Ausland, in Fragen der Abhängigkeit tauschen wir Russland gegen China aus. Immerhin entfallen dadurch hierzulande Produktion s-Emissionen. Wie groß die Rohstoff- und Materialmengen für den geplanten Zubau an Wind- und Solarstromanlagen sind und wo sie herkommen sollen, darüber hat sich offensichtlich noch niemand Gedanken gemacht.

## **Grüne Zwischenwelt**

Die Aufforderung Robert Habecks nach dem Beginn des Ukraine-Krieges, nun „ohne Denkverbote zu denken“ – ein Eingeständnis, dass es vorher nicht so war -, führte zur unmittelbaren Reaktion seiner Parteifreundin Steffi Lemke (einer ausgebildeten Zootechnerin). Kernkraft sei zu gefährlich, hielt die Umweltministerin dem Vizeminister das alte grüne Mantra entgegen. Dem alten Denken ist auch Habecks Staatssekretär Patrick Graichen noch verhaftet. Er fordert kommunale Unternehmen auf, schon jetzt den Rückbau der Gasnetze zu planen, denn 2045 seien alle Heizungen strombasiert.

Unterdessen läuft in Brandenburg das Projekt „Zukunftsnetz Nordwest“ zur Errichtung zweier Gas-Hochdruckleitungen. Zum einen soll das Heizkraftwerk Reuter-West in Berlin-Siemensstadt von Steinkohle auf Gas umgestellt werden, und zweitens sollen Gebäudeölheizungen durch Gasheizungen ersetzt werden – perspektivisch natürlich durch grünen Wasserstoff. Dass in Nordrhein-Westfalen gerade die Gashochdruckleitung ZEELINK gebaut wird, um den Übergang vom (künftig entfallenden) holländischen niederkalorischen L-Gas auf das höherwertige russische H-Gas zu realisieren, hat Graichen wohl auch nicht mitbekommen. 216 Kilometer soll ZEELINK lang werden, 100000 Tonnen Rohre werden dafür verbaut werden.

Die Grünen purzeln von der Erdgasbrücke. Da sie den Strom aus Erneuerbaren nicht herbeizaubern können, soll einstweilen Kohle, „kurzfristig“ sogar viel Kohle, genutzt werden. Die Sicherheitsbereitschaft der Braunkohlekraftwerke, die 2023 ausgelaufen

wäre, wird jetzt durch ein „Ersatzkraftwerke-Bereithaltungsgesetz“ abgelöst, flankiert von einem „Gasreduktionsgesetz“, um Gas nicht mehr für die Verstromung einsetzen zu müssen.

Kohle gegen Windstille, Kohle gegen Dunkelheit, Kohle statt Kernkraft, Kohle statt Gas. Aber ist es wirklich sinn voll, Kohlestrom für E-Mobilität und Wärmepumpen einzusetzen? Während andere Parteien zunehmend orientierungslos erscheinen, gehört den Grünen der Luftraum über der regenbogenfarbenen Parallelwelt.

Die FDP beschloss auf ihrem Parteitag im April 2022 immerhin eine Forderung nach Modifizierung der Ausstiegspläne bei Kernkraft und Kohle. Die FDP in Schleswig-Holstein will prüfen, ob das Kernkraftwerk Brokdorf wieder angefahren werden könnte. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) setzte sich zwar auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni für eine längere Laufzeit der Kernkraftwerke ein. Sein Umweltminister Günther (Grüne) konterkarierte diese Aussage aber gleich wieder. In einer kruden Begründung verweist er auf Aussagen des IPCC, ohne die Empfehlung dieses Gremiums pro Kernkraft zu erwähnen.

Unterdessen arbeitet die Bürokratie unbeirrt weiter. Im November 2024 wird mit dem Kraftwerk Scholven Block B erstmals ein Kohleblock zwangsweise ohne Entschädigung stillgelegt. Mit großer Sicherheit wird er dann in die Netzreserve überführt werden. Warum legt man dann zwangsweise still?

Freudig begleiten die sogenannten Qualitätsmedien die Absicht der G7-Staaten, möglichst noch schneller aus der Kohle auszusteigen. Die zweite Seite der Medaille wird bewusst verdeckt. Diese zeigt, dass fünf der sieben Länder die Kernkraft weiter nutzen und überwiegend weiter ausbauen. Italien verfügt nur über vier Kohlekraftwerke, der Ausstieg dürfte ohne große Verwerfungen machbar sein. Dass Deutschland als einziges Land der G7 – und weltweit – zugleich aus Kernkraft und Kohle aussteigt, bleibt unerwähnt.

## **Mehr Kohle für den Staat**

Ein verringertes Angebot an Strommarkt lässt die Preise steigen. Das Klimaministerium plant nun, ab 2023 auch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die Müllverbrennung einzuführen. Da für die thermische Verwertung der nicht mehr recyclebaren Reste keine Alternative besteht, werden die Entsorgungspreise steigen. „Dem Klima“ wird es nicht helfen.

Der Weg zur Klimaneutralität werde Deutschland bis zu sechs Billionen Euro kosten, schätzten Experten des Beratungsunternehmens McKinsey bereits vor der jüngsten Preisrally. Das lässt die Kosten der Deutschen Einheit (knapp zwei Billionen Euro) in einem milden Licht erscheinen. Sondervermögen und Staatsbürgschaften werden dabei helfen. Und vielleicht bleibt ja eine schmale Hängebrücke fürs Gas. Aber erst einmal geht's um die Kohle. •

---

# Abstieg nach Ausschreibung

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

**Der deutsche Staatsapparat funktioniert wie ein Uhrwerk und wird es weiter tun, wie wir aus der Geschichte wissen, bis 5 nach 12. Selbst Ereignisse historischen Ausmaßes erschüttern Ministerien und Behörden kaum. Die Folgen werden gravierend sein.**

**Obwohl sich der Mangel an stark steigenden Preisen zeigt, bleibt das Ziel der „Emissionssenkung um jeden Preis“ erhalten. Für die vermeintliche Weltrettung riskiert man den eigenen Kollaps. Am Ende wird wieder niemand verantwortlich sein. Warum eigentlich nicht?**

**von Frank Hennig**

Die Zäsur des russischen Einmarsches in die Ukraine am 24. Februar erschütterte die Welt, nicht jedoch den deutschen Beamtenapparat. Die inzwischen seit März von einem Grünen geführte Bundesnetzagentur versieht ihren Dienst nach bestehender Gesetzeslage und ist offenbar außerstande, auf gravierende äußere Bedingungen eine Reaktion zu zeigen.

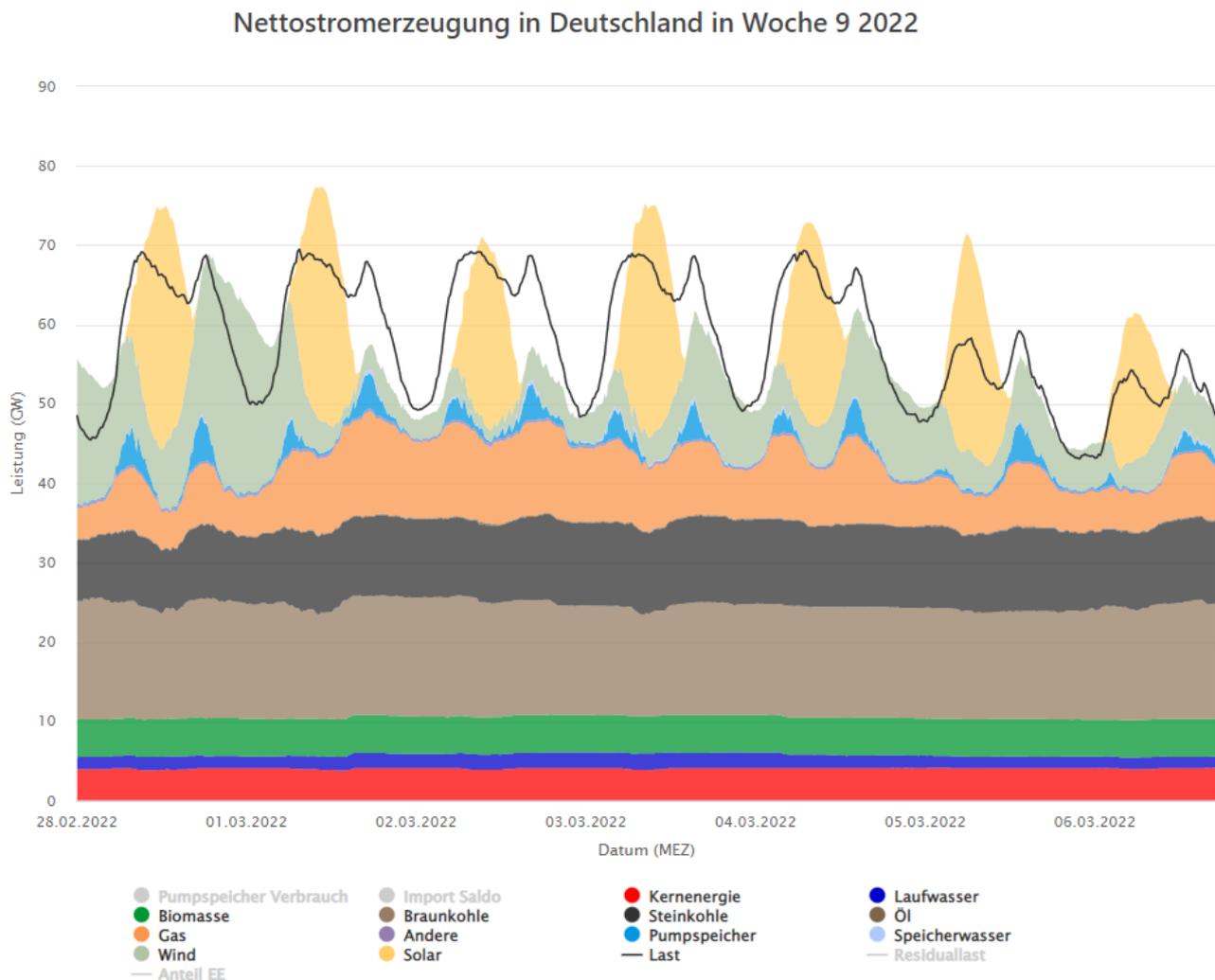
Die extremen Energie-Preissteigerungen der vergangenen Wochen schiebt man regierungsseitig auf die globale Entwicklung und den Krieg, die Wirkungen der deutschen Abschaltpolitik hingegen werden bewusst ignoriert. Zum Jahresende 2021 gingen Kern- und Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 8.960 Megawatt dauerhaft vom Netz, das sind über zehn Prozent der erforderlichen gesicherten Maximallast. Entsprechend den Marktmechanismen sorgt verringertes Angebot bei gleicher oder wachsender Nachfrage für steigende Preise. Der Strom-Börsenpreis hat sich seit 2020 etwa verzehnfacht. Was jedem Unternehmer und auch Haushaltskunden ein Frösteln über den Rücken jagt, lässt die Beamten unberührt. Es ändert auch nichts an der einseitig CO<sub>2</sub>-zentrierten Politik.

Offenbar hält man Änderungen am Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) für unnötig. In diesem sind die terminierten Abschaltungen der Braunkohlekraftwerke festgeschrieben sowie das Verfahren zu Ausschreibungen für die Stilllegungen der Steinkohlekraftwerke. Maßgebend ist dabei der Reduzierungspfad der CO<sub>2</sub>-Emissionen, so dass zum 1. März 2022 in der nunmehr fünften Runde diesmal reichlich 1.200 Megawatt Steinkohle-Kraftwerksleistung zum Höchstpreis von 107.000 Euro pro Megawatt zur Stilllegung ausgeschrieben wurden. Es dürften ausreichend Bewerbungen eingehen, denn die Unternehmen werden die

Wirtschaftlichkeit und politische Zukunft ihrer Kraftwerke trotz stark gestiegener Strompreise unter dem Wirken inzwischen straff grüner Führungskader in Ministerien und Behörden eher kritisch sehen.

Die Steuerzahler müssen also viel Geld für die Stilllegung von Kohlekraftwerken ausgeben, in deren Folge die Strompreise weiter steigen werden, denn die entfallende Leistung muss zum großen Teil durch Gaskraftwerke ersetzt werden.

Dies ist an folgendem Chart zu erkennen:



Energy-charts.info

Die Netzlast (schwarze Linie) schwankt entsprechend dem Bedarf über die Tage der Woche. Kernkraftwerke (rot), Braun- und Steinkohlekraftwerke (hell- und dunkelbraune Flächen) sichern vor allem die Grundlast ab. Die Gaskraftwerke (ockerfarbene Fläche) decken vor allem die Regelleistung ab und kompensieren die Schwankungen der Solareinspeisung (gelb). Reduziert man die Kernkraft- und Kohlestromeinspeisung, muss der Gasanteil steigen. Deutlich ist zu erkennen, wie die Gaskraftwerke die Leistung vor Sonnenauf- und nach Sonnenuntergang hoch fahren, perspektivisch werden sie auch mehr die Grundlast abdecken müssen.

Für die Regelfähigkeit des Systems sind wir bereits heute auf unsere Nachbarn angewiesen. Die weißen Flächen unter der Bedarfslinie zeigen den Import.

An Tagen wie dem 2., 3. und 4. März führt die nachmittags abnehmende Fotovoltaik-Leistung sofort zum Import, wenn nicht, wie an den anderen Tagen, genug Windleistung zur Verfügung steht. Über die Mittagsspitze hingegen wird, abgesehen von den Wintermonaten, fast immer zu niedrigen Preisen exportiert. Unsere Nachbarn werden die so genannten Preisdifferenzgeschäfte gern mitmachen, solange ihr eigenes System nicht ins Schwanken gerät.

## **Verantwortung und Schuld**

Mit jeder weiteren Abschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken geben wir Regelfähigkeit auf und erhöhen den Bedarf an Erdgas. Dies ist in der angespannten internationalen Situation und hinsichtlich der Perspektive völlig kontraproduktiv. Allein der gesunde Menschenverstand würde gebieten, mit einem Moratorium weitere Abschaltungen auszusetzen. Die Diskussion um eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke (KKW) ist verebbt, nachdem Minister Habeck das Sicherheitsargument wieder hervorkramte.

Die absehbare Energiekrise wird nun durch die steuerfinanzierte Stilllegung weiterer Kraftwerke gemäß KVBG verschärft. Das hat mit gesundem Menschenverstand nichts mehr zu tun. An entscheidenden Stellen von Regierung und Behörden sitzen heute Öko-Lobbyisten, deren Ziel die Maximierung der Wind- und Solareinspeisung ist. Für diese muss sicher und möglichst mehr Geld generiert werden, was durch die enormen Strompreiserhöhungen am Markt schon gelungen ist.

Die Stabilität und Resilienz des Gesamtsystems ist ihnen offenbar gleichgültig, auch wenn Minister Habeck den Begriff „Versorgungssicherheit“ kürzlich aussprach. Er handelt nicht in diesem Sinn. Die regierenden Aktivisten wollen „ambitionierte, ehrgeizige“ und auch „radikale“ Entscheidungen im Sinne ihrer Ziele treffen, die aber fatale Folgen haben werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich erneut die Frage des Tatbestandes der Politikerhaftung. Grob fahrlässiges oder sogar vorsätzlich falsches Handeln zum Nachteil des Landes und unter Verletzung des Amtseides sollte verfolgt werden können. Dabei wäre nicht nur die Kanzler- und Ministerebene, sondern auch die obere Beamtenschaft einzubeziehen.

Der deutsche Staatsapparat funktioniert wie ein Uhrwerk, dem einer Zeitbombe. Ein Ergebnis politischer Wohlstandsverwahrlosung, das Erbe der fleißigen Generationen vor uns ist bald aufgebraucht.

---

# **Der Ausstieg aus der Kohleverstromung in 2038 nach dem Plan der „Kohlekommission“ – die technische Analyse eines kompletten Versagens**

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2023

von Dr.-Ing. Erhard Beppler

Ein technisch nicht durchdachter Kohleausstieg als Teil einer eben solchen Energiewende zur Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kann nicht funktionieren.

In 2038 müßten je nach Stromerzeugung täglich im Mittel 570 bis 731 GWh (24 bis 31 GW) gespeichert werden können.